

Stephan Barth (1998)

DAS KONZEPT DER BÜRGERGESELLSCHAFT - EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SOZIALARBEIT?

1. Die Idee des Kommunitarismus

1.1. Einleitung

Am 18. November 1991 stellten eine Reihe von Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen unter Federführung des Soziologen AMITAI ETZIONI der Öffentlichkeit ein sogenanntes "kommunitaristisches Programm" vor, das seither durch weitere Positionspapiere laufend ergänzt wurde.

Vereinfacht geht es den Kommunitariern um "die Rekonstruktion der Gemeinschaft, der *Community*, um die Wiederherstellung der Bürgertugenden, um ein neues Verantwortungsbewußtsein der Menschen, um die Stärkung der moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft."¹ In der Präambel des angesprochenen kommunitaristischen Programms wird darauf hingewiesen, daß die Menschen vielen Gemeinschaften angehören, nämlich u.a. Familien, Nachbarschaften, sozialen, religiösen und beruflichen Vereinigungen sowie der Gesellschaft insgesamt. Eine Grundthese lautet nun, es könne "weder die menschliche Existenz noch die individuelle Freiheit ... langfristig außerhalb der interdependenten, einander überlappenden Gemeinschaften bestehen, denen wir angehören."² Weiter wird postuliert, eine Gemeinschaft sei dauerhaft nicht überlebensfähig, "wenn ihre Mitglieder nicht einen Teil ihrer Zeit, Kraft und Ressourcen in gemeinsame Projekte stecken. Die ausschließliche Orientierung am privaten Interesse schwächt das Netzwerk der sozialen Umwelten, von dem wir alle abhängen, und gefährdet unser gemeinsames Experiment demokratischer Selbstverwaltung."³

Angedeutet wird an dieser Stelle, daß das kommunitaristische Konzept durchaus von Einfluß auf die Ausgestaltung des Alltags, damit auf informelle soziale Unterstützungen und somit mindestens mittelbar auch auf professionelle Sozialarbeit sein kann. Dies werde ich später konkretisieren.

1.2. Kommunitaristische Zustandsbeschreibung der modernen Industriegesellschaften

Wichtig scheint mir zunächst eine Schilderung der kommunitaristischen Zustandsbeschreibung der amerikanischen Gesellschaft, die aber nach ETZIONI (1995, 1997) auch auf andere westliche Industriegesellschaften übertragbar ist. Als ein Grundübel wird die "inflationäre" Zunahme individueller Rechte bei gleichzeitiger Abnahme der Bereitschaft zur Übernahme von gemeinschaftlichen Pflichten bezeichnet.⁴ Daraus resultiere eine wachsende moralische Verwirrung und soziale Anarchie.

Konkret benennt ETZIONI (1995) in diesem Zusammenhang eine abnehmende Sexualmoral, indem den Kindern nicht mehr nahegelegt werde, ihre Sexualität erst nach Eheschließung auszuleben.⁵ Weiterhin sei von Übel, daß die Ehe heute für viele Menschen eine Wegwerfbeziehung geworden sei, die häufig

¹ETZIONI 1995, S. IX; Hervorhebung im Original.

²ebd., S. 282.

³ebd.

⁴Vgl. ebd., S. 5; S. 18.

⁵Vgl. ebd., S. 31.

lediglich noch die Qualität eines Mietvertrages besitze.⁶ Immer mehr Eltern seien nicht mehr bereit, für eine adäquate Versorgung ihrer Kinder Sorge zu tragen, sie seien viel eher am eigenen beruflichen Fortkommen interessiert. Die Quote der Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, steige ständig.⁷

Die Moral am Arbeitsplatz sei drastisch gesunken, erkennbar daran, daß fast die Hälfte der Amerikaner einräume, am Arbeitsplatz häufig krank zu spielen oder mit falschen Entschuldigungen zu fehlen, außerdem räume ein Sechstel ein, während der Arbeitszeit Alkohol und Drogen zu konsumieren.⁸

Im öffentlichen Leben jage ein Skandal den anderen, weil Politiker eine freizügige Sexualmoral an den Tag legen oder sich von Interessengruppen mit Geldzuwendungen beeinflussen lassen. Dies habe dazu geführt, daß "Unehrllichkeit" von fast der Hälfte der Amerikaner für ein gängiges Politiker-Merkmal gehalten werde.⁹

Zu viele Unternehmer seien nicht mehr bereit, sich ihrer Führungsverantwortung zu stellen: "Durch Spekulation, Vetternwirtschaft, Bestechung und die Plünderung der Tresore sind viele Bausparkassen, Banken, Versicherungen und Pensionsfonds an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht worden", wodurch "das Vertrauen der Öffentlichkeit erschüttert und damit unsere Wirtschaftskraft beeinträchtigt"¹⁰ worden sei.

All dies führe dazu, daß es zu einer fortschreitenden sozialen Anarchie komme, die auf Dauer die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft zerstöre. In Ansätzen sei dies bereits erkennbar in der Zunahme des religiösen Fundamentalismus, der auf eine weitgehende Abschaffung individueller Rechte bei gleichzeitiger Einführung einer starren Ordnung abziele.

1.3. Kommunitarismus vs. Individualismus

Worauf beruht nach Ansicht der Kommunitarier diese moralische Erosion? Zur Beantwortung dieser Frage ist auf den Disput zwischen Kommunitarismus und Liberalismus einzugehen, der in ETZIONI Abhandlung über die Verantwortungsgesellschaft (1997) einen zentralen Stellenwert einnimmt. Der Kommunitarismus wird verortet zwischen Sozialkonservativen auf der einen Seite und den Liberalisten auf der anderen. Interessanterweise grenzt er sich gegen liberale Strömungen viel stärker ab als gegen konservative. Er vertritt die Grundthese, daß in den letzten Jahrzehnten in dem Bemühen, die Freiheit weiter auszudehnen, die "ohnehin schon geschwächten Fundamente der sozialen Tugenden weiter ausgehöhlt"¹¹ worden seien. Den Begriff "liberal" verortet er dabei keineswegs konkret im politischen Spektrum, ebenso wie der Kommunitarismus sich nicht in das übliche "Links-Rechts-Schema" pressen lasse. Da Liberale in unterschiedlichen Konnotationen sowohl im rechten, als auch im linken Spektrum anzutreffen seien, verwendet ETZIONI (1997) den umfassenden Begriff der "Individualisten".¹²

Den entscheidenden Gegensatz sieht er darin, daß die Individualisten "das Bedürfnis nach sozialer Ordnung zwar keineswegs leugnen, aber eine lockere (thin) Ordnung bevorzugen. Zudem soll diese sich nur aus dem Willen frei handelnder Individuen ableiten und legitimieren können. Im Gegensatz dazu behaupten Kommunitaristen, es bedürfe einer sozialen Ordnung, die sich durch eine Reihe gemeinsam geteilter Werte auszeichnet, deren Verpflichtungscharakter den Individuen vermittelt werden müsse."¹³

Der Kommunitarismus sucht nun, aus den Auffassungen der Individualisten einerseits und der Sozialkonservativen andererseits eine Synthese herzustellen. Wichtig sei, die Denkfalle zu meiden, "wonach ein Mehr an auferlegter Ordnung ein Weniger an Wahlfreiheit bedeute - und umgekehrt - ein Mehr an

⁶Vgl. ebd.

⁷Vgl. ebd., S. 34.

⁸Vgl. ebd., S. 31.

⁹Vgl. ebd., S. 32.

¹⁰ebd., S. 33.

¹¹ETZIONI 1997, S. 18.

¹²Vgl. ebd., S. 29ff.

¹³ebd., S. 35.

Freiheit ein Weniger an Ordnung."¹⁴ Wichtiger sei vielmehr, diese beiden konstitutiven Elemente kommunitaristischer Gesellschaften, nämlich soziale Ordnung und Autonomie, in ein gutes Verhältnis zu bringen. ETZIONI verdeutlicht dies anhand eines einfachen Beispiels, nämlich dem der Bewohner eines gerade fertiggestellten Hochhauses: "Wenn nun bestimmte soziale Akteure - beispielsweise Sozialarbeiter - damit beginnen, die sozialen Bindungen zu stärken und eine Gemeinschaftskultur unter den Bewohnern aufzubauen, werden bis zu einem gewissen Punkt *sowohl* die soziale Ordnung *wie auch* die Autonomie der einzelnen Mitglieder zunehmen. In dem Maße wie die Bewohner aufhören, einander Fremde zu sein, sich gegenseitig kennenlernen und in bestimmtem Umfang gemeinschaftliche Formen des Umgangs miteinander entwickeln, werden sie sich weniger isoliert fühlen. Das wiederum wird ihr Gefühl für sich selbst stärken und ihnen mithin eine gesichertere Form der Autonomie ermöglichen; und sie werden freiwillig in ihrem Handeln verantwortlicher sein - also etwa Parkplatzregelungen genauer einhalten oder gemeinschaftlich genutzte Räume sauberhalten.

Wenn aber die Mitglieder dieser neu gegründeten Gemeinschaft die Erwartungen aneinander fortlaufend höherschrauben, werden sie an einen Punkt gelangen, an dem das Gemeinschaftsprinzip die individuelle Autonomie zunehmend einschränkt. Dies wiederum wird zur Folge haben, daß die ordnungsstiftende Gemeinschaftsorientierung zu erodieren beginnt, daß soziale Verantwortlichkeit immer mehr als aufgezwungene Verpflichtung empfunden wird. Die Ablehnung der Gemeinschaft beginnt zu wachsen und die soziale Ordnung wird untergraben."¹⁵ Wenn aber im Gegenteil die autonomiestiftenden Kräfte immer stärker werden, werde ein Punkt erreicht, an dem der Einsatz für gemeinsame Ziele abgelehnt werde. Autonomie und soziale Ordnung seien also keine unabhängigen Variablen, sondern beeinflussen sich gegenseitig. ETZIONI spricht in diesem Zusammenhang von "inverser Symbiose", die zudem vom sozio-historischen Kontext abhängig sei. Es sei nämlich "eine sinnlose Behauptung, die Menschen benötigten ganz allgemein mehr Freiheit oder mehr Ordnung, mehr individuelle Rechte oder mehr soziale Verantwortlichkeiten, mehr Freizügigkeit oder mehr moralische Pflichten."¹⁶ In einer am Rande der Anarchie stehenden Gesellschaft sei es unverantwortbar, ein Mehr an Freiheit zu fordern, genauso abwegig sei es aber auch, in einer am Rande autoritärer Herrschaft stehenden Gesellschaft ein Mehr an Ordnung zu fordern. Die Handhabe der inversen Symbiose sei gleichsam ein kommunitaristischer "Balanceakt".¹⁷

Der von ETZIONI vertretene "responsive Kommunitarismus" hält dementsprechend nicht alleine die Betonung des Gemeinwohls für erforderlich, sondern versteht sich als "Idee von einem Gleichgewicht zwischen Gemeinschaft und Individuum, zwischen individuellen Rechten und sozialen Verantwortlichkeiten".¹⁸ Wichtig sei für eine "gute Gesellschaft" ein Kernbestand gemeinsamer Werte.

1.4. Die "Stimme der Moral"

Werte und Moral sind zentrale Begriffe im Konzept des Kommunitarismus. ETZIONI spricht pathetisch von der "Stimme der Moral", die wieder hörbar sein müsse. "Die Stimme der Moral ist eine besondere Form der Motivation: Sie ermutigt Menschen, an bestimmten Werten festzuhalten, denen sie sich verschrieben haben."¹⁹ Er unterscheidet zwischen der "inneren Stimme der Moral" und der "moralischen Stimme der Gemeinschaft". Die innere Stimme der Moral dränge einen Menschen dazu, sich an seine Werte zu halten und sie nicht zu verletzen. Sie fördere moralisches Verhalten, weil sie ein spezifisches Gefühl der Bestätigung auslöse, wenn eine Person sich gemäß ihrer Überzeugungen verhalte. Wichtiger im kommunitaristischen Konzept ist jedoch die moralische Stimme der Gemeinschaft: "In der Tat liegt hierin die Bedeutung von Gemeinschaften im Rahmen eines kommunitären Paradigmas: Gemeinschaften verfügen oft über starke moralische Stimmen und können daher hilfreich sein, eine soziale Ordnung zu

¹⁴ebd., S. 62.

¹⁵ETZIONI 1997, S. 64f.; Hervorhebung im Original.

¹⁶ebd., S. 67.

¹⁷Vgl. ebd., S. 67.

¹⁸ebd., S. 69.

¹⁹ebd., S. 169.

bewahren, die sich maßgeblich auf Wertverpflichtungen stützt und von freiwilliger Natur ist, anstatt erkaufte oder erzwungene zu sein."²⁰ Gemeint ist hier in besonderer Weise die ordnungstiftende Funktion sozialer Kontrolle. Erstaunlicherweise findet dieser Terminus bei ETZIONI an keiner Stelle konkrete Verwendung, wenngleich sein Sinngehalt ständig mitschwingt. Zwar räumt er ein, daß soziale Kontrolle auch belastende Aspekte beinhalten kann, er sieht aber in allererster Linie positive Effekte. Im übrigen sei den Individuen ja freigestellt, sich anderen Gemeinschaften anzuschließen, was allerdings im Grunde einer Entkräftigung seines eigenen Paradigmas nahekommt. Deshalb betont er die besondere Bedeutung der Werthaltung der Gesellschaft als der Gemeinschaft der Gemeinschaften.

Der Effekt der moralischen Stimme der Gemeinschaft ist im wesentlichen der, daß die Angehörigen einer Gemeinschaft gegenseitig die Einhaltung der ihnen zugrundeliegenden Werte überwachen. Dies impliziert, den anderen moralisierend auf etwaiges Fehlverhalten hinzuweisen und in der Öffentlichkeit der Gemeinschaft bloßzustellen. Abweichendes Verhalten soll auf diese Weise massiv erschwert werden. Wie weit ETZIONI in diesem Zusammenhang geht, beweist seine begeisterte Auffassung über "Flursprecher", die in Wohnhäusern zu überwachen haben, ob auch alle ihren Müll anständig sortieren.²¹ Den Vorwurf, durch solcherlei soziale Kontrolle werde unmittelbarer Zwang ausgeübt, läßt er nicht gelten. Moralischer Druck drohe "weder Haft noch Deportation an, weder körperliche Leiden nahestehender Personen noch Vernichtung von Eigentum. ... Wir dürfen drastische Moraläußerungen unter keinen Umständen mit Gewaltanwendungen verwechseln".²² Warum eigentlich nicht? Die Vorstellung des Kommunitarismus ist es schließlich, möglichst wenig durch Gesetze reglementieren zu müssen und möglichst viel an sozialer Ordnung durch die Gemeinschaften zu erzeugen. Die idealistisch geäußerte Hoffnung, dies sei auf der Basis von Überzeugungsleistung erreichbar, widerlegt er im Grunde in seiner Zustandsbeschreibung der Gesellschaft und ihren Ursachen. Zu deutlich appelliert er schließlich auch an die Mitglieder der Gemeinschaft, ihre "moralische Stimme" zu erheben.

1.5. Die kommunitaristische Rechtfertigung von Werten

Eine ganz wesentliche Frage ist bislang nicht beantwortet, nämlich, wer über die Grundwerte einer Gemeinschaft entscheidet. ETZIONI widmet dieser Frage erheblichen Raum, indem er Schritt für Schritt die Legitimation von Werten begründet. Werte werden für ihn zunächst dadurch gerechtfertigt, daß sie von einer Gemeinschaft auf demokratischem Wege entwickelt wurden. Ein so gewonnener Wert müsse zusätzlich mit den gesellschaftlichen Werten übereinstimmen, wie sie sich z.B. in der Verfassung oder in Gesetzen finden. Auch dies rechtfertige einen Wert jedoch noch nicht vollständig. Die grundlegenden Werte einer kommunitaristischen Gesellschaft seien "eine auf Freiwilligkeit beruhende moralische Ordnung und eine weitgehende, jedoch gebundene Autonomie des Individuums bzw. der Teilgemeinschaft"²³, sofern beide Aspekte in sorgfältigem Gleichgewicht gehalten werden. Die Zwillingswerte moralische Ordnung und Autonomie sind für ETZIONI die Grundlage einer kommunitaristischen Begründung von Normen: "Sie stellen das letzte, substantiell normative Kriterium dar."²⁴ Er verdeutlicht dies anhand eines Beispiels: "Man stelle sich ein fiktives Land - nennen wir es Intabad - vor, in dem es alten Männern gestattet ist, junge Mädchen zu heiraten, vorausgesetzt, sie zahlen den Vätern der Mädchen eine bestimmte Ablösesumme. Nichts in der Wertordnung und der Verfassung von Intabad verbietet solche Heiraten, noch sind sie von der internationalen Staatengemeinschaft mit einem Tabu belegt. ... Wie ist der normative Status solcher Ehen zu bewerten? Wenn wir uns nur an die bislang angesprochenen Kriterien halten, ohne die grundlegenden 'Zwillingswerte' hinzuzunehmen, gibt es keine solide Basis, aufgrund derer wir diese Ehen als verwerflich einstufen könnten. Wenn wir sie allerdings im Lichte der Grundwerte betrachten, bemerken wir, was uns an ihnen

²⁰ebd., S. 173.

²¹Vgl. ETZIONI 1995, S. 38.

²²ebd., S. 45.

²³ETZIONI 1997, S. 311.

²⁴ebd.

beunruhigt: Weil die Mädchen verkauft worden sind, wurde ihre grundlegende Autonomie verletzt, und deshalb verurteilen wir solche Ehen als unmoralisch."²⁵

Als Verfahren zur Entwicklung moralischer Werte durch Gemeinschaften schlägt ETZIONI moralische Dialoge²⁶ vor, dies soll an dieser Stelle jedoch nicht vertieft werden.

1.6. Konkrete Maßnahmen zur Etablierung einer kommunitären Gesellschaft

Welche konkreten Maßnahmen sind zu ergreifen, um eine kommunitäre Gesellschaft zu etablieren? ETZIONI betont in diesem Zusammenhang zunächst die Notwendigkeit der Stärkung der moralischen Infrastruktur. Darunter versteht er Familie, Schule, Gemeinschaft und Gesellschaft als Gemeinschaft der Gemeinschaften. Allen gemeinsam soll sein, daß sie die "moralische Stimme" hörbar machen, also auf Einhaltung der gemeinsamen Werte drängen bzw. diese zunächst vermitteln.

1.6.1. Die kommunitaristische Familie

Die Kommunitarier sehen die Ehe als Gemeinschaft gleichrangiger Partner als wichtigen Pfeiler der kommunitaristischen Familie an. Ein Grundübel der Moderne sehen sie in der hohen Scheidungsquote, die sie als Indiz für die mangelnde Bereitschaft betrachten, eine Partnerschaft dauerhaft zu gestalten. ETZIONI denkt in diesem Zusammenhang offen darüber nach, Scheidungen zu erschweren, aber auch Eheschließungen erst nach gewissen Warte- bzw. Bedenkzeiten vorzunehmen.

Im Hinblick auf Kinder sei die Familie mit zwei Elternteilen allen anderen Modellen überlegen. Problematisch sei allerdings in der Gegenwart, daß in vielen Familien beide Elternteile berufstätig seien und den Kindern nicht die notwendige Zeit und Aufmerksamkeit widmen. Während er diesen Aspekt in seiner Abhandlung über die "Verantwortungsgesellschaft" eher am Rande thematisiert, widmet er sich ihm in einer früheren Arbeit (1995) ausgiebig und moralisierend. Unter dem Stichwort "Elterndefizit" geht er mit beiderseits berufstätigen Eltern hart ins Gericht. Er wirft ihnen vor, das Kindeswohl auf dem Altar der Selbstverwirklichung zu opfern und der Gesellschaft dadurch schweren Schaden zuzufügen. Auch wirtschaftliche Gründe seien nur bis zu einem gewissen Grade akzeptabel: "Aber ab einem bestimmten Einkommensniveau - das niedriger ist, als man uns gemeinhin glauben machen möchte - haben die Eltern die Wahl zwischen mehr Verdienst und mehr Zeit für die Kinder."²⁷ Der öffentliche Diskurs, mithin also die moralische Stimme der Gemeinschaft, sollte nicht aufhören, den Eltern ihre Erziehungspflicht ins Gedächtnis zu rufen.

Andererseits sei aber auch die Politik gefordert, familienfreundliche Bedingungen zu schaffen, etwa durch Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen, durch Einführung von Kindergeld, Erziehungsurlaub und Arbeitsplatzgarantien, Maßnahmen also, die in der Bundesrepublik verwirklicht sind.

1.6.2. Die Schule

Die Schule wird als Stätte der Charakterbildung verstanden. Ihr komme in der Gegenwart gerade diesbezüglich eine tragende Rolle zu, weil viele Eltern diese Aufgabe nicht mehr alleine bewältigen können. Mit Befremden wird zur Kenntnis genommen, daß "die Schulen nur widerwillig eine ausdrückliche und systematische Charakterbildung verfolgen."²⁸ Die wichtigste Aufgabe der Schule bestehe

²⁵ebd., S. 311f.

²⁶Vgl. ebd., S. 287ff.

²⁷ETZIONI 1995, S. 76.

²⁸ETZIONI 1997, S. 242.

in diesem Zusammenhang darin, sich auf die Entwicklung derjenigen persönlichen Fähigkeiten zu konzentrieren, die junge Menschen befähigen, auf zivilisierte und moralisch akzeptable Weise miteinander umzugehen. Lehrer sollten also mehr sein als Vermittler von Lehrstoff, sie sollten Konfliktlösungsstrategien unterrichten und einüben lassen. Außerdem sollen explizit Werte vermittelt werden, eine wertfreie Bildung gebe es nämlich nicht.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, solle die Schulzeit ausgedehnt werden, und zwar mit mehr Stunden am Tag, mehr Tagen in der Woche und mehr Monaten im Jahr.

Den Eltern solle eine unmittelbare Mitsprache an schulischen Belangen eingeräumt werden.

1.6.3. Die Gemeinschaft

Auf die besondere Bedeutung der Gemeinschaft im kommunitaristischen Paradigma bin ich bereits ausführlich eingegangen. Die Gemeinschaft sei für die moralische Entwicklung deshalb so wichtig, weil sie ihre Mitglieder immer wieder bei der Einhaltung moralischen Verhaltens bestärke, man kann auch sagen: überwache. Je schwächer eine Gemeinschaft sei, desto dünner sei das soziale Netz und desto leiser die "Stimme der Moral".

Gemeinschaft wird von ETZIONI explizit auch sozialräumlich gedacht. Durch sozialräumliche Planung und Architektur - er nennt sie kommunitaristische Architektur - sollen Begegnungsräume für Menschen geschaffen werden, bei der Belegung neuer Quartiere soll auf soziale Vielfalt geachtet werden usw. In den Kommunen sollten Prüfungsausschüsse etabliert werden, deren Aufgabe darin bestehe, gemeinschaftsfeindliche Aktivitäten und Vorschriften zu ermitteln und abzuschaffen.

Ein wesentliches Kriterium in diesem Zusammenhang ist aber auch die innere Sicherheit, in besonderer Weise natürlich in Amerika. Zur Befriedung ihrer Wohngebiete werden die Bürger aufgerufen, sich zu Bürgerwehren zusammenzuschließen. Kriminelle, aber auch Obdachlose und Drogenabhängige werden als Störenfriede einer gedeihlichen Nachbarschaft angesehen. Letzteren beiden sollen staatliche Angebote - Wohn- bzw. Rehabilitationsplätze - unterbreitet werden. Nehmen sie diese Angebote nicht an, ist ihre Vertreibung für ETZIONI gerechtfertigt.

Straftäter sollen öffentlich angeprangert werden, weil dadurch - weshalb auch immer - ihre Reintegration in die Gemeinschaft erleichtert und der Delinquent vom Umgang mit anderen Straftätern abgehalten werde.²⁹ Diese Auffassungen widersprechen diametral den Erkenntnissen moderner Kriminologie und sind aus der Feder eines Soziologen gelinde gesagt erstaunlich.

1.6.4. Die Gesellschaft als Gemeinschaft der Gemeinschaften

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene spricht Etzioni zunächst einmal ausführlich über Veränderungen in der Wahlkampffinanzierung und der Vorschriften über die Annahme von Geldern von Lobbyisten, die zu einer ernsthaften Gefährdung des demokratischen Gemeinwesens geführt haben.³⁰

Für wichtig erachtet er auch eine drastische Drosselung neuer Rechte, etwa für einen Zeitraum von 10 Jahren.³¹ Dazu gehört auch die Einführung neuer Pflichten, wenngleich diese in Europa zum Teil so neu nicht sind. Er benennt z.B. Alkoholkontrollen im Straßenverkehr, Drogentests bei bestimmten Berufsgruppen, Helm- und Gurtpflicht usw.

1.7. Kommunitarismus und Sozialarbeit

Welche Bedeutung mißt der Kommunitarismus professioneller Sozialarbeit bei? Diese Frage läßt sich nicht unmittelbar beantworten, da sie nicht direkter Gegenstand der kommunitaristischen Arbeiten ist.

²⁹Vgl. ebd., S. 166.

³⁰Vgl. ebd., S. 269ff.

³¹Vgl. ebd., S. 5.

Allerdings werden indirekt eine Reihe unterschiedlicher Hinweise gegeben, die zur vorläufigen Beantwortung interpretiert werden können.

In einer kommunitaristischen Gesellschaft wird ein erheblicher Wert darauf gelegt, daß die Mitglieder Gemeinschaftsdienste erbringen. Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, daß nach kommunitaristischer Auffassung Gemeinschaften nur dann lebendig sind, wenn ihre Mitglieder einen Teil ihrer Zeit und Energie in gemeinsame Projekte investieren: "Ein Mindestmaß an Pflichtgefühl und an Bereitschaft, zu teilen und *unserer Brüder und Schwestern Hüter zu sein*, ist unabdingbar, wenn wir nicht gezwungen sein wollen, nach immer mehr Staat und Wohlfahrtsbürokratie, Erlassen und Polizisten, Gerichten und Gefängnissen zu rufen."³² An anderer Stelle heißt es: "Wer die starke Stellung individueller Rechte und der Freiheit schützen will, der muß sich um die grundlegenden Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft sorgen. Dies wiederum bedeutet, daß man seiner sozialen Verantwortung nachkommt, ..., gegenseitig auf die Kinder zu achten oder sich um die Alten zu kümmern. Kein Staat ist dazu imstande, diese notwendigen Dienste allein zu leisten."³³

Zu staatlicher Beteiligung an sozialer Wohlfahrt haben die Kommunitaristen ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits halten sie sie für erforderlich und grenzen sich gegenüber sozialkonservativen Vorstellungen ab, die eine solche Beteiligung ablehnen³⁴, andererseits üben sie aber auch starke Kritik an den Institutionen staatlicher Wohlfahrt und deren Beschäftigten. Sozialarbeitern und anderen Berufsgruppen des Sozial- und Gesundheitswesens wird vorgeworfen, sich im Zuge der Übernahme individualisierender Therapieansätze zunehmend geweigert zu haben, ihrer Klientel die Werte der Gemeinschaft anzupreisen oder auch nur zu vermitteln. Stattdessen habe man dem Individuum nahegebracht, das Recht auf seinen eigenen Lebensstil zu haben. ETZIONI wendet sich insbesondere gegen das aus seiner Sicht unangebrachte Verständnis gegenüber abweichenden Verhaltensweisen: "Vor allem sollten nun Menschen, die gegen etablierte moralische Werte verstießen und ein Verhalten zeigten, das man - bevor dieser Begriff aus dem Wortschatz verbannt wurde - als 'deviant' bezeichnete, ganz und gar gemäß psychologischer Kategorien interpretiert werden (so ist jemand nicht Alkoholiker, weil er unverantwortlich handelt, sondern weil er als Kind mißbraucht wurde, einen schwachen Vater hatte oder unter anderen frühen Kindheitserfahrungen zu leiden hatte).³⁵ Weiterhin schreibt er, daß Pädagogen und Sozialarbeiter psychologischen Vorstellungen zur Popularität verhalfen, "denen zufolge die Kritik am Verhalten einer anderen Person eine Minderung ihrer Selbstachtung zur Folge hätte".³⁶

Daß diese Kritik im Einzelfall berechtigt sein mag, ist sicherlich richtig. Sie trifft aber in keiner Weise die generelle fachliche Auffassung professionalisierter Sozialarbeit, sie ist auch auf geradezu banale Weise begründet. Zutage tritt aber ein gespanntes Verhältnis zu beruflicher Sozialarbeit, wobei offensichtlich Vorbehalte vorhanden sind, inwieweit der Gemeinschaftsgedanke mit seinen stigmatisierenden und kontrollierenden Aspekten mitgetragen wird.

WENDT (1993a) weist darauf hin, daß der Wohlfahrtsstaat keine Gerechtigkeit schuf. Stattdessen habe er eher das Gegenteil erreicht: "Wohlfahrtsstaatliche Versorgung brachte Abhängigkeit mit sich, und zwangsläufig mußte der Ruf nach mehr Selbsthilfe und Selbstorganisation laut werden. Das soziale Sicherungs- und Leistungssystem förderte überdies die Individualisierung, die Pluralisierung des Privaten statt einer Vermehrung des sozialen Miteinanders."³⁷

Den "Wohlfahrtsbürokraten" wird zudem mangelnde Problemwahrnehmung und Naivität unterstellt, weswegen auch Freunde und Nachbarn zu besserer Hilfeleistung befähigt seien. Angesprochen ist hier schon die Reihenfolge der Hilfequellen im kommunitaristischen Gemeinwesen. Zunächst lautet die Maxime, jeder müsse sich im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst helfen. An zweiter Stelle verantwortlich seien Freunde, Nachbarn und andere Gemeinschaftsmitglieder, deren Unterstützung wesentlich bedürfnisorientierter sei als die professioneller Dienste. So sei der alte Mensch glücklich, der nicht auf

³²ebd., S. 290.

³³ETZIONI 1997, S. 73.

³⁴Vgl. ETZIONI 1997, S. 39.

³⁵ebd., S. 186.

³⁶ebd., S. 188.

³⁷WENDT 1993a, S. 257.

"Essen auf Räder" angewiesen sei, weil Gemeinschaftsmitglieder für ihn kochen, so könne er nämlich wählen und es werde auf seine Vorlieben eingegangen. Der Rat eines Nachbarn beruhe eher auf Vertrauen als der des Sozialarbeiters. Zuletzt sei aber auch der Staat gefordert, seinen Bürgern zu helfen. In diesem Zusammenhang führt ETZIONI wirtschaftliche Hilfen an, aber keine psychosozialen Dienstleistungen.³⁸ Er hält das bisherige Wohlfahrtssystem für deutlich reduzierbar: "Man kann die Sozialausgaben, andere öffentliche Kosten und den Umfang der Abhängigkeiten durch einen begrenzten Abbau des öffentlichen Netzes reduzieren, ohne es gänzlich aufzulösen. Die psychische Stabilität Arbeitsloser, Behinderter und Kranker hängt nicht so sehr von der spezifischen Höhe der Unterstützung ab, als vielmehr von der Gewißheit, im Notfall für sich selbst und seine Kinder medizinische Hilfe und Grundversorgung zu erhalten."³⁹

Auch die Kommunitaristen leugnen also nicht, daß es die Notwendigkeit staatlicher Unterstützungsleistungen gibt. Diese sollten aber auf das eben Erforderliche reduziert werden und lokal organisiert sein, um auf diese Weise flexibel für die wahren Bedürfnisse auch der unterstützenden Gemeinschaften zu sein. In der staatlichen Stärkung der Gemeinschaften wird durchaus eine Aufgabe gesehen: "Der Staat soll die lokalen Gemeinschaften nicht ersetzen, sondern durch Stützstrategien ... stärken, wenn das notwendig ist. Was wir dringend brauchen, sind Untersuchungen und Experimente zum kreativen Umgang mit den Strukturen der Zivilgesellschaft sowie zur öffentlich-privaten Kooperation, vor allem im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen."⁴⁰

Zusammenfassend läßt sich also zunächst festhalten, daß im Kommunitarismus zunächst einmal allgemein ein explizites Mißtrauen gegenüber professioneller Sozialarbeit als Beitrag staatlicher Wohlfahrt vorhanden ist, daß den Selbstheilungskräften der Gemeinschaften uneingeschränkte Priorität eingeräumt wird, daß aber andererseits auch die (begrenzte) Notwendigkeit wohlfahrtsstaatlicher Hilfen gesehen wird. Gemessen wird alles letztlich daran, inwieweit es dem Gedanken der Vergemeinschaftung dient.

2. Die Geislingen - Studie: Eine Untersuchung zur Akzeptanz bürgerschaftlichen Engagements bei den Bürgern

2.1. Allgemeines

In Baden-Württemberg werden seit einigen Jahren in einem Modellprogramm neue Formen der Eigeninitiative und der Selbsthilfe älterer Menschen erprobt. In diesem Zusammenhang wurde 1995 in einem der Standorte dieses Modellprogramms, der Stadt Geislingen, im Auftrag des Landessozialministeriums eine Studie durch das Sozialwissenschaftliche Institut für Gegenwartsfragen Mannheim (SIMA) durchgeführt. Dabei wurde u.a. der Frage nach den Einstellungen und Motiven der BürgerInnen hinsichtlich des sozialen Miteinanders in der Gemeinde, für und gegen bürgerschaftliches Engagement und Erwartungen an Kommunal- und Landespolitik nachgegangen. Gefragt wurde aber auch nach dem Kommunikationsverhalten, der Mitarbeit in Vereinen und Organisationen, dem Engagement in Hilfe und Pflege für andere usw.⁴¹

2.2. Methodik der Studie

³⁸Vgl. ETZIONI 1995, S. 170ff.

³⁹ETZIONI 1997, S. 124.

⁴⁰ETZIONI 1995, S. 290f.

⁴¹Vgl. MAGS BW 1995b, S. 41.

Die Studie basiert auf einem zweistufigen Forschungsdesign, es wurden die Vorteile qualitativer mit denen quantitativer Erhebungsmethoden verbunden.

Zunächst wurden Expertengespräche mit Vertretern von Gemeinderat, Vereinen, Kirchen, Verbänden der Wohlfahrtspflege, Selbsthilfegruppen, Kultur- und Jugendinitiativen sowie Mitarbeitern der Stadtverwaltung durchgeführt. Außerdem wurden Gruppendiskussionen mit Jugendlichen und Angehörigen selbstorganisierter bürgerschaftlicher Gruppen geführt. Zuletzt wurden noch 30 zufällig ausgewählte Bürger einzelexploriert.

Die Gespräche und Diskussionen wurden aufgezeichnet, transkribiert und anschließend inhaltsanalytisch ausgewertet. Auf der Basis dieses Materials wurde ein standardisierter Fragebogen konzipiert.

In der anschließenden Repräsentativerhebung wurde mittels computergestützter Telefoninterviews eine repräsentative Zufallsstichprobe von Geislinger Bürger ab einem Alter von 15 Jahren befragt.

2.3. Ergebnisse der Studie

Ein Ergebnis der Studie ist, daß die Netzwerke der Befragten durchaus als hilferelevant zu bezeichnen sind. Das Statement: "Wenn ich Probleme habe, gibt es Leute, die mir helfen" trifft für 44% der Befragten ganz genau und für weitere 33% immerhin noch eher zu. Lediglich für 6% trifft es überhaupt nicht zu. Weit unterdurchschnittlich positiv sehen allerdings die Befragten ab einem Alter von 60 Jahren die Tragfähigkeit ihres Hilfenetzwerks.

69% finden den Zusammenhalt zwischen den Nachbarn im großen und ganzen gut, interessanterweise vor allem die Befragten über 60 Jahren.

Erhoben wurde auch der Privatismus der Geislinger Bürger. Dabei stellte sich heraus, daß vor allem in der Kriegs- und ersten Nachkriegsgeneration starke Zustimmung zu Aussagen wie: "Mein Privatleben ist mir wichtiger als alles andere.", "Jeder sollte sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern." und "Wenn ich Probleme habe, helfe ich mir selbst; ich brauche niemanden" vorherrscht. Interpretiert wird dies unter Hinweis auf Schelskys Studie Ende der 50er Jahre dahingehend, daß eine ganze Generation sich vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Kriegstraumas ins Private zurückgezogen hat. Interessanterweise ist der Privatismus bei Frauen und Niedriggebildeten allgemein stärker ausgeprägt, dies kann allerdings durch das Alter beeinflusst sein.

Im Durchschnitt äußert jeder Vierte starke privatistische Tendenzen.

Ein weiterer Frageblock beschäftigt sich mit der Bereitschaft zur Selbstorganisation. Bereitschaft zur Selbstorganisation ist eng mit kommunitaristischen Vorstellungen verbunden. Die Idee findet in der Geislinger Bürgerschaft große Akzeptanz. Mehr als die Hälfte der Befragten stimmt voll und ganz den Aussagen zu, man müsse die Dinge selbst in die Hand nehmen, wenn man als Bürger heute etwas erreichen möchte und, daß Menschen mit ähnlichen Problemen am meisten erreichen, wenn sie sich zusammenschließen. Gerade letztere Aussage findet allerdings bei älteren Menschen wenig Zustimmung.

Erhoben wurden weiterhin Formen der Teilhabe in der Gemeinde. Ergebnis ist ein breites Spektrum möglicher Teilhabeformen, von passiven wie "Lesen des Stadtinfos" bis hin zur aktiven Mitarbeit in selbstorganisierten Gruppen. Immerhin 22% geben an, sich für Hilfe und Pflege anderer Menschen zu engagieren, 45% diskutieren mit Freunden und Bekannten über Belange der Stadt, 13% arbeiten in der Kirchengemeinde mit, 6% in sozialen und caritativen Organisationen und 5% in selbstorganisierten Gruppen.

Untersucht wurde ein weiterer interessanter Aspekt, nämlich die Frage des Zusammenhangs zwischen Ortsansässigkeit und aktuellem Engagement in der Gemeinde. Dabei stellte sich heraus, daß "Alteingesessene" bei traditionellen Formen der Teilhabe wie Vereinsmitarbeit und engagierter Pflege und Hilfe für andere stärker eingebunden sind als Neuzugezogene, daß aber bei der Mitarbeit in Selbsthilfegruppen und bürgerschaftlichen Gruppen die Zugezogenen ebenso stark vertreten sind,

obwohl ihr Bevölkerungsanteil geringer ist. Neubürger finden also zu diesen im weitesten Sinne kommunitaristischen Gruppen wesentlich leichter Zugang, sie haben also offensichtlich ein besonderes integratives Potential.

Auf die Frage, welche Aufgaben die Bürger zukünftig stärker in die eigene Hand nehmen sollten, äußerten mehr als 80%, sich um Behinderte zu kümmern und Jung und Alt wieder stärker zusammenzubringen. 77% sind der Meinung, kulturelle Veranstaltungen sollten stärker durch die Bürger selbst organisiert werden. Immerhin fast zwei Drittel vertreten die Auffassung, die Bürger sollten selber für mehr Sicherheit und Ordnung sorgen.

Auf die Frage, ob sie sich an den neuen bürgerschaftlichen Aktivitäten in Geislingen beteiligen wollen, erklärten 4%, dies bestimmt tun zu wollen, weitere 35% halten es durchaus für möglich. Andererseits erklärten knapp 30%, dies ganz bestimmt nicht zu tun. Interessanterweise ist die Engagementbereitschaft bei deutschen und ausländischen BürgerInnen nahezu gleich groß, sodaß auch dies für integrative Potentiale bürgerschaftlicher Aktivitäten spricht.

Angesprochen auf die Ressourcen, die sie für bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung stellen könnten, nannten 40% die Zeit, um mitzuwirken, 51% könnten sich vorstellen, Geld zu spenden, 67% halten vor allem ihre Lebenserfahrung für eine wichtige einbringbare Ressource und immerhin fast die Hälfte der Befragten betrachtet eigene berufliche Erfahrungen als einbringenswerte Ressource. Deutlich wird, daß nicht jede Altersgruppe gleichmäßig über sämtliche Ressourcen verfügt, daß jede aber bestimmte Potentiale in besonderem Maße bereithält.

Als Motive, sich bürgerschaftlich zu betätigen, konnten "Helfen", "Pflichtbewußtsein", "Gestaltungswille" und "Ich-Bezug" ermittelt werden. Grob könnten diese Motive in eher altruistisch und eher egozentriert zusammengefaßt werden. Am stärksten ausgeprägt ist das Motiv des Helfens, gefolgt von dem des Gestaltungswillens und des Ich-Bezugs ("Um neue Leute kennenzulernen; weil es um meine Interessen geht"). Am Schluß steht das Pflichtbewußtsein ("weil Stadt und Land Geld sparen müssen; weil es Bürgerpflicht ist"). Interessanterweise spielt das Motiv Pflichtbewußtsein bei den jüngeren Befragten eine absolut untergeordnete Rolle, während hier der Ich-Bezug im Vordergrund steht. Bei den ältesten Befragten ist es genau umgekehrt.

Gefragt wurde auch nach Motiven, die eigenes bürgerschaftliches Engagement hemmen. Mehr als die Hälfte der Befragten ohne Engagementbereitschaft gab an, genug mit den eigenen Problemen zu tun zu haben, 49% halten sich für beruflich zu stark eingespannt, 35% äußern Unlust, ebensoviele wollen sich nur an etwas beteiligen, das sie selbst betrifft, immerhin 30% antworteten, Leute wie sie brauche ohnehin niemand, aber nur 16% gaben an, sich für solche Aufgaben nicht zuständig zu fühlen. Als Barrieren konnten "Schwellenangst", "Egozentrismus" und "Verdrossenheit" identifiziert werden.

Abschließend wurde gefragt, welche Erwartungen die Bürger an die Politik haben im Hinblick auf die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Das Ergebnis ist überraschend: Mit 37% der Nennungen ist die Forderung nach personellen Hilfen am stärksten vertreten, gefolgt von Schulungen (24%) und Anerkennung (14%). Sach- und Geldleistungen liegen mit 10% bzw. 9% erst auf hinteren Plätzen.

Genau in der offensichtlich stark erwünschten Unterstützung durch Personal und Schulung könnten SozialarbeiterInnen eine zentrale Bedeutung als KoordinatorInnen und ModeratorInnen zwischen Institutionen und BürgerInnen haben.

3. Seniorenbüros als Beispiel bürgerschaftlichen Engagements

Im Mai 1992 schrieb das Bundesministerium für Familie und Senioren das Modellprogramm "Seniorenbüros" aus. Ziel der Seniorenbüros soll es sein, als Anlaufstelle für ältere Menschen zu wirken. Sie sollen eine doppelte Funktion haben:

- Sie ermöglichen zum einen Kontakt zwischen den Menschen und regen zu gemeinsamem Tun an, und
- sie zeigen Möglichkeiten des Engagements auf und vermitteln in die Tätigkeitsfelder.⁴²

Tätig werden sollen Seniorenbüros in den drei Aufgabenbereichen

- nachberufliche Tätigkeitsfelder und ehrenamtliches Engagement,
- Selbsthilfeaktivitäten und -gruppen
- Einbindung älterer Menschen in Nachbarschaft und Beziehungsnetze

Die Resonanz auf die Ausschreibung war enorm: Etwa 650 Vereine, Wohlfahrtsverbände und Kommunen bewarben sich um die Trägerschaft eines Seniorenbüros. Dabei wurde von den Antragstellern von vornherein eigene konzeptionelle Überlegungen gefordert.

Zielgruppen von Seniorenbüros:

Die Arbeit der Seniorenbüros richtet sich grundsätzlich auf zwei "Typen" älterer Menschen aus, nämlich zum einen auf die aktiven, an eigenem Engagement interessierten Senioren und zum anderen auf die eher hilfebedürftigen Senioren, die als Empfänger der Hilfeleistungen der ersten Gruppe gedacht sind.

Konkreter wurden in den Anträgen folgende Zielgruppen benannt:

- Vorruheständler (Begleitung in den Ruhestand)
- Ausländische Senioren/Aussiedler
- Behinderte Senioren
- Seniorinnen - Arbeit mit älteren Frauen
- Senioren in Heimen

Engagementformen:

- Besuchsdienste für vereinsamte und pflegebedürftige Ältere
- selbstorganisierte Altenclubs
- Betreuungsservice für pflegende Angehörige
- Beratungsangebote für Senioren
- Fahrdienste
- Trauerarbeit in Selbsthilfe
- Wissensbörse & Naturaltausch
- Seniorengenossenschaft: jüngere und aktivere Senioren unterstützen ältere und erwerben dadurch selber einen Anspruch auf spätere Versorgung
- Seniorensport
- Medienarbeit mit Senioren
- Geschichtswerkstatt
- Seniorenreisen
- Handwerkerdienste
- Senioren helfen Kindern
- Mobiles Seniorenbüro

⁴²BMFuS 1994a, S. 1.

Das Konzept der Seniorenbüros sieht neben den ehrenamtlichen auch hauptberufliche Fachkräfte vor, deren Aufgaben werden in der Leitung, der Öffentlichkeitsarbeit, der Vernetzungsarbeit, der Anwerbung neuer Ehrenamtlicher und in Beratung und Begleitung der Ehrenamtlichen gesehen. Diese Aufgaben werden von SozialarbeiterInnen wahrgenommen.⁴³

4. Aufgaben professioneller Sozialarbeit in der kommunitaristischen Gesellschaft

Wir haben gehört, daß der Kommunitarismus ein durchaus ambivalentes Verhältnis zu staatlicher Wohlfahrt und zur Fachlichkeit der im Sozialbereich Beschäftigten hat. Betont werden vielmehr die "Selbstheilungspotentiale" der Menschen in Gemeinschaften. ETZIONI benennt auch eine eindeutige Reihenfolge potentieller Hilfequellen, bei der staatliche Sozialleistungen an letzter Stelle rangieren. Dies ist im Grunde theoretisch auch in der Bundesrepublik der Fall, drückt sich nämlich im Subsidiaritätsprinzip aus. Nun könnte eine kommunitaristische Forderung darin bestehen, dieses Prinzip weitaus konsequenter anzuwenden als dies gegenwärtig der Fall ist. In der Tat werden eine Reihe von Aufgaben häufig in staatlicher Trägerschaft geleistet, die durchaus auch von Verbänden und freien Vereinen wahrgenommen werden. Zu denken ist insbesondere an die offene Jugendarbeit, aber auch an Erwachsenenbildung, Teile der Sozialarbeit in der Strafrechtspflege usw. Dies wäre nach meinem Verständnis allerdings keine wirklich qualitative Veränderung, von der die Kommunitarier aber implizit sprechen.

Die Umsetzung kommunitaristischer Ideen bedarf in meinen Augen der Sozialarbeit in besonderer Weise. Es ist naiv anzunehmen, daß qualitativ hochwertige Gemeinschaften - und nur solche sind befähigt, die den Kommunitariern vorschwebenden normativen und sozialen Aufgaben zu erfüllen - aus sich heraus in größerem Umfang entstehen, womöglich noch gegen das bisherige - Individualisierung begünstigende - System.

Die Aufgabe der Sozialarbeit besteht in diesem Zusammenhang darin, "Menschen miteinander zu verknüpfen und ihnen Aufbauhilfe bei der Gestaltung von unterstützenden Netzwerken zu vermitteln. In das Zentrum der sozialen Praxis tritt so *das Stiften von Zusammenhängen: die Inszenierung, der Aufbau und die Weiterentwicklung von fördernden Netzwerkstrukturen*, die die Selbstorganisation von Menschen unterstützen und kollektive Ressourcen für eine selbstbestimmte Lebensführung freisetzen."⁴⁴ Diese Herangehensweise firmiert unter dem Stichwort der Netzwerkförderung⁴⁵, aber auch unter der Bezeichnung "Empowerment". Unter Empowerment werden all diejenigen Arbeitsansätze subsumiert, "die die Menschen zur Entdeckung eigener Stärken ermutigen und ihnen Hilfestellungen bei der Aneignung von Selbstbestimmung und Lebensautonomie vermitteln."⁴⁶ Empowerment verwirklicht damit geradezu idealtypisch das sozialarbeiterische Primat der "Hilfe zur Selbsthilfe", auch indem sie "aus der Klientel des fürsorglichen Staates verantwortliche Subjekte"⁴⁷ macht.

Der interessanteste Aspekt am Konzept des Empowerment besteht in meinen Augen darin, daß ein Perspektivwechsel sozialer Arbeit vollzogen wird, indem nämlich einerseits nicht mehr ausschließlich das Augenmerk auf die Defizite des Klienten gelegt wird, sondern bewußt seine individuellen Stärken und die Potentiale der Gemeinschaft berücksichtigt werden und andererseits - und das ist für mich der

⁴³Vgl. BMFuS 1994c, S. 60ff.

⁴⁴HERRIGER 1995, S. 36.

⁴⁵Vgl. NESTMANN 1989.

⁴⁶HERRIGER 1997, S. 29.

⁴⁷WENDT 1993a, S. 261.

noch wichtigere Aspekt - hier eine Abkehr von der oftmals einseitig kurativen Orientierung sozialer Arbeit möglich wird hin zu primärpräventiven Ansätzen. Das geschilderte Modell "Seniorenbüro" greift zwar zum Teil ein bestehendes Problem auf, nämlich die schrittweise Überalterung unserer Gesellschaft, im konkreten trägt es aber - und zwar in besonderer Weise für die sich engagierenden BürgerInnen - auch eindeutig präventive Züge.

Empowerment beinhaltet aus Sicht der Sozialarbeit eine Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen, von denen im Rahmen einer Bürgergesellschaft nicht zuletzt derjenige der aktiven Beteiligung - ja: Inszenierung - sozialräumlicher Planung bedeutsam ist. Integration in Gemeinschaften vollzieht sich immer auch konkret räumlich⁴⁸, in besonderer Weise natürlich auch innerhalb des Wohnortes oder Stadtquartiers. Auch ETZIONI weist auf die Bedeutung einer gemeinschaftsfreundlichen Wohnumwelt hin. Darunter ist zu verstehen, öffentliche Räume zu schaffen oder zu gestalten, in denen Begegnung und Kommunikation überhaupt erst möglich werden.

Eine wichtige Fragestellung einer Sozialarbeit in der Bürgergesellschaft gilt ihrem Verhältnis zur Ehrenamtlichkeit. JAKOB/OLK (1995) weisen zurecht darauf hin, daß diese Beziehung durchaus konflikthaft ist: "Die Ehrenamtlichen berichten von Verletzungen und Degradationserfahrungen in den Interaktionen mit den professionell Tätigen. Die Professionellen wiederum beklagen die Inkompetenz und mangelnde Qualifizierung der ehrenamtlich tätigen 'Laien'."⁴⁹ Sie fanden in einer Untersuchung über ehrenamtliches Engagement heraus, daß die Bereitschaft dazu umso größer wird, je eher die Motive der Ehrenamtlichen Berücksichtigung finden, je eher sie Entfaltungsmöglichkeiten und Mitspracherechte eingeräumt bekommen und je weniger sie das Gefühl haben, von Professionellen auf die Position von Handlangern degradiert zu werden.⁵⁰ Sie kommen zu dem Ergebnis, daß vor allem neue Ansätze und Organisationsformen den gestiegenen Ansprüchen der Ehrenamtlichen gerecht werden, während die traditionelle, mittlerweile sehr stark professionalisierte soziale Verbandsarbeit einen vergleichsweise geringeren Anreiz bietet, weil hier Strukturen verfestigt sind und die Professionellen sich "Claims" abgesteckt und Führungsaufgaben exklusiv übernommen haben.

Für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und Professionellen ist also ein weitgehend gleichberechtigtes Arbeiten notwendig, wobei die Aufgabe der Hauptberuflichen ohne weiteres darin liegen kann - und aus fachlicher Sicht auch muß -, ehrenamtliche Kräfte auszubilden und zu begleiten.

Es gibt in meinen Augen aber auch Arbeitsfelder, in denen der Staat bzw. subsidiär tätige Wohlfahrtsverbände weiterhin hauptsächlich auf professionelle Kräfte zu setzen hat. Als Beispiel möchte ich die Suchtkrankenberatung und -behandlung benennen, deren Erfolg in ganz erheblicher Weise von fachlichen Kenntnissen der Beschäftigten abhängig ist. Dies schließt allerdings nicht aus, daß nicht auch Ehrenamtliche Aufgaben zugewiesen bekommen könnten.

Zusammenfassend halte ich das komunitäre Modell der starken Gemeinschaften für einen sehr bedenkenswerten Ansatz, auch im Hinblick auf die Stellung und die Aufgaben der Sozialarbeit. Eine Stärkung und Verbesserung der Integration der Menschen steht in keiner Weise in Widerspruch zu den Grundkonzepten sozialer Arbeit, sondern wurde bereits in frühen Fürsorgetheorien als integraler Bestandteil und Ziel erachtet.⁵¹ SozialarbeiterInnen können im Rahmen des kommunitaristischen Paradigmas wichtige gemeinschaftsstiftende Anstöße geben und Aufgaben übernehmen, wenn sie sich als "AgentInnen" des Gemeinwohls definieren. Als besonders innovativ empfinde ich den Perspektivenwechsel von einer kurativen zu einer stark präventiven Orientierung.

Die Möglichkeit einer vollständigen Ersetzung des bisherigen Wohlfahrtsstaates durch selbstorganisierte Gemeinschaften und ehrenamtlich Tätige halte ich indes für illusorisch. Ehrenamtliches Engagement

⁴⁸Vgl. ATTESLANDER/HAMM 1974, S. 23f.

⁴⁹JAKOB/OLK 1995, S. 19.

⁵⁰Vgl. ebd., S. 21

⁵¹Vgl. BOCK 1986, S. 746f.

braucht staatliche und professionelle Förderung und Unterstützung, ansonsten werden "Laien" sich schnell überfordert und ausgenutzt fühlen, außerdem bedarf es - gerade im Zeitalter der Individualisierung - der Inszenierung ehrenamtlicher Handlungsorte ebenso wie sozialräumlicher Umwelten, die integrationsfreundlich sind.

Nicht zuletzt verbleiben auch in einer kommunitären Gesellschaft soziale Probleme, die den Einsatz hochprofessionalisierter sozialer Dienste erforderlich machen.

Unter diesen Prämissen ist das Konzept der Bürgergesellschaft eine interessante Herausforderung für berufliche Sozialarbeit.

Literatur:

- ATTESLANDER, P.; HAMM, B. (1974): Einleitung. Grundzüge einer Siedlungssoziologie.
In: DIES. (HRSG.): Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln, S. 11 - 32.
- BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- BRUMLIK, M.; BRUNKHORST, H. (HRSG.) (1993): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt/M.
- BOCK, T. (1986): Sozialarbeit/Sozialpädagogik.
In: DEUTSCHER VEREIN FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE FÜRSORGE (HRSG.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. 2. Auflage. Frankfurt, S. 746 - 749.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE UND SENIOREN (BMFUS) (HRSG.) (1994a): Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüro. Band 1: Dokumentation der Anträge. Bonn.
- BMFUS (HRSG.) (1994b): Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüro. Band 2: Ausgangslage der Seniorenbüros. Bonn.
- BMFUS (HRSG.) (1994c): Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüro. Band 3: Praxishandbuch für Seniorenbüros, Teil 1. Bonn.
- BMFUS (HRSG.) (1994d): Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüro. Band 8: Aktives Leben im Alter. Dokumentation der Tagung in Heidelberg zum Europäischen Jahr der Älteren Menschen und der Solidargemeinschaft der Generationen 1993. Bonn.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ) (HRSG.) (1994): Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüro. Band 6: Praxishandbuch für Seniorenbüros, Teil 2. Bonn.
- BMFSFJ (Hrsg.) (1995): Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüro. Band 9: Praxishandbuch für Seniorenbüros, Teil 3. Bonn.
- DEWE, B.; FERCHHOFF, W. (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates - Niedergang oder neue Chance für die Idee des Professionalismus.
In: OLK, T.; OTTO, H.U. (HRSG.): Der Wohlfahrtsstaat in der Wende. Umriss einer künftigen Sozialarbeit. Weinheim/München, S. 152 - 175.
- ETZIONI, A. (1995): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart.
- ETZIONI, A. (1997): Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt/ New York.
- FINK, U. (1988): Der neue Generationenvertrag. Die Zukunft der sozialen Dienste.
In: DERS. (HRSG.): Der neue Generationenvertrag. Ich für Dich. Die Zukunft der sozialen Dienste. München/Zürich, S. 9 - 22.
- HEPPER, M.F. (1993): Für eine soziale Bürgerinitiative.
In: BLÄTTER DER WOHLFAHRTSPFLEGE - DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALARBEIT, Heft 9, S. 276.
- HERRIGER, N. (1995): Empowerment - oder: Wie Menschen Regie über ihr Leben gewinnen.
In: SOZIALMAGAZIN, Heft 3, S. 34 - 40.
- HERRIGER, N. (1997): Das Empowerment-Ethos.
In: SOZIALMAGAZIN, Heft 11, S. 29 - 35.
- HONNETH, A. (HRSG.) (1993): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/M. / New York.

- HUMMEL, K. (1993): Lebenskultur und soziale Unterstützung durch gemeinschaftliches Handeln. Die Bürgergesellschaft verlangt eine andere Kultur des Helfens.
In: BLÄTTER DER WOHLFAHRTSPFLEGE - DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALARBEIT, Heft 9, S. 267 - 269.
- JAKOB, G.; OLK, T. (1995): Professionelles Handeln und ehrenamtliches Engagement - ein "neuer" Blick auf ein "altes" Problem.
In: SOZIALMAGAZIN, Heft 3, S. 19 - 23.
- KRAMER, J. (1988): Förderung ehrenamtlicher Hilfen - eine staatliche Aufgabe.
In: FINK, U. (HRSG.): Der neue Generationenvertrag. Ich für Dich. Die Zukunft der sozialen Dienste. München/Zürich, S. 147 - 154.
- LANGNICKEL, H. (1993): Wieviel Gesellschaftskritik braucht die Sozialarbeit? Vom Nutzen des Kommunitarismus für eine politische Theorie der Sozialarbeit.
In: SOZIALE ARBEIT, Heft 3, S. 82 - 91.
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALORDNUNG DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG (MAGS BW) (HRSG.) (1994): Seniorengenossenschaften als Beispiel bürgerschaftlichen Engagements. Eine Dokumentation. Stuttgart.
- MAGS BW (HRSG.) (1995a): Die Bürgerbüros. Bürgertreffpunkte und Projektgruppen der Initiative 3. Lebensalter. Schriftenreihe "Bürgerschaftliches Engagement", Band 1. Stuttgart.
- MAGS BW (HRSG.) (1995b): Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen-Studie. Schriftenreihe "Bürgerschaftliches Engagement", Band 3. Stuttgart.
- MÜHLUM, A. (1993): Ziviles Engagement darf nicht als Manövriermasse des Sozialstaats mißbraucht werden.
In: BLÄTTER DER WOHLFAHRTSPFLEGE - DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALARBEIT, Heft 9, S. 273 - 275.
- NESTMANN, F. (1989): Förderung sozialer Netzwerke. Eine Perspektive pädagogischer Handlungskompetenz?
In: NEUE PRAXIS; Heft 2; S. 107 - 123.
- OLK, T. (1985): Der informelle Wohlfahrtsstaat. Beziehungsprobleme zwischen Sozialarbeit und nicht-professionellem Hilfesektor.
In: DERS.; OTTO, H.U. (HRSG.): Der Wohlfahrtsstaat in der Wende. Umriss einer künftigen Sozialarbeit. Weinheim/München, S. 122 - 151.
- OLK, T. (1993): Sozialengagement als Lebensstil. Das Ehrenamt in der Bürgergesellschaft.
In: BLÄTTER DER WOHLFAHRTSPFLEGE - DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALARBEIT, Heft 9, S. 270 - 272.
- PROBST, L. (1996): Gesellschaft versus Gemeinschaft? Zur Tradition des dichotomischen Denkens in Deutschland.
In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, B 36, S. 29 - 35.
- REESE-SCHÄFER, W. (1994): Was ist Kommunitarismus? Frankfurt/M. / New York.
- REESE-SCHÄFER, W. (1996): Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland.
In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, B 36, S. 3 - 11.
- SÜSSMUTH, R. (1988): Die Zukunft sozialer Dienste.
In: FINK, U. (HRSG.): Der neue Generationenvertrag. Ich für Dich. Die Zukunft der sozialen Dienste. München/Zürich, S. 55 - 64.
- TÖNNIES, S. (1996): Kommunitarismus - diesseits und jenseits des Ozeans.
In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, B 36, S. 13 - 19.
- WENDT, W.R. (1993a): Zivil sein und sozial handeln. Das Projekt der Bürgergesellschaft.
In: BLÄTTER DER WOHLFAHRTSPFLEGE - DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALARBEIT, Heft 9, S. 257 - 261.
- WENDT, W.R. (1993b): Zielorientiert, aber ergebnisoffen. Professionelle Sozialarbeit muß sich zivilgesellschaftlich organisieren.
In: BLÄTTER DER WOHLFAHRTSPFLEGE - DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALARBEIT, Heft 9, S. 262 - 266.

ZAHLMANN, C. (HRSG.) (1994): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Berlin.

Verfasser: Stephan Barth, Dr. phil., Diplom-Pädagoge, Diplom-Sozialarbeiter, ist hauptamtlicher Bewährungshelfer und Lehrbeauftragter für Erziehungswissenschaft und Forschungsmethoden an der Universität Siegen.